

Beschluss vom 14. November 2023

Kleine Anfrage 2023/20

betreffend «Fragwürdiges zum Tag der politischen Bildung im Kanton Schaffhausen»

In einer Kleinen Anfrage vom 16. Oktober 2023 stellt Kantonsrat Erich Schudel verschiedene Fragen im Zusammenhang mit dem «Tag der politischen Bildung» im Kanton Schaffhausen.

Der Regierungsrat

a n t w o r t e t :

Einleitend hält der Regierungsrat fest, dass der «Tag der politischen Bildung» vom 13. November 2023 in Schaffhausen aufgrund des Nationalen Aktionsplans zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (NAP) ins Leben gerufen wurde. Im Kanton Schaffhausen ist die Fach- und Beratungsstelle Radikalisierung und Extremismus (FBRE) die erste Anlaufstelle für die Gesellschaft und die kantonalen und kommunalen Behörden für die Thematik Radikalisierung und Extremismus. Die FBRE wurde 2018 eingerichtet und hat den Auftrag erhalten, einen Umsetzungsplan zum NAP zu erarbeiten. In der Folge wurde eine Steuerungsgruppe zusammengestellt, welche die insgesamt 26 Massnahmen des NAP priorisierte und massgeblich an der Ausarbeitung des Umsetzungsplanes beteiligt war. Der Regierungsrat hat den Umsetzungsplan am 24. Januar 2023 zur Kenntnis genommen und die FBRE damit beauftragt, die für den Kanton Schaffhausen als prioritär eingestuften Massnahmen des NAP zu koordinieren. Als prioritär wurde unter anderem Massnahme 18 («*Verstärkung der Massnahmen zur Förderung der aktiven Bürgerschaft, Stärkung der Demokratie und Verhinderung von Diskriminierungen*») eingestuft. In einer der Massnahme 18 zugeordneten Projektgruppe wurde vom Erziehungsdepartement ein Konzept für den «Tag der politischen Bildung» ausgearbeitet und an das Bundesamt für Polizei fedpol eingereicht, da dieses für die nationale Umsetzung des NAP verantwortlich ist und vorbildliche Programme und Projekte auf kantonaler und kommunaler Ebene finanziell unterstützt. Nach eingehender Prüfung der Gesuchsunterlagen gelangte das fedpol zum Schluss, dass der Tag der politischen Bildung mit maximal Fr. 29'675.– vom Bund unterstützt werden kann. Mit dem Projekt soll ein jährlich wiederkehrender Anlass etabliert werden, welcher die Partizipation verbessert und Radikalisierungstendenzen entgegenwirkt. Es handelt sich um einen kantonalen Vernetzungsanlass unter Leitung des Erziehungsdepartementes, der Akteurinnen und Akteure des formalen Bildungsbereichs (Kindergarten bis Pädagogische Hochschule) mit denjenigen des non-formalen Bildungsbereichs (z.B. offene Jugendarbeit) verknüpft, um die bestehenden Strukturen sinnvoll aufeinander abzustimmen und Synergien zu schaffen. Zusätzlich sollen Lücken geschlossen und Doppelspurigkeiten vermieden werden.

Fragen an den Regierungsrat

1. Für welche Schulstufen ist dieser Anlass geplant? Wie viele Teilnehmer werden erwartet?

Der Anlass ist für alle Schulstufen offen. Am Morgen sind Vertreterinnen und Vertreter aus sämtlichen Schulstufen und zahlreichen Institutionen anwesend, die Workshops am Nachmittag sind von insgesamt neun Klassen der Sekundarstufe I und II gebucht worden. Der Morgen wird von ca. 30 Personen besucht, die Workshops sowie das Podium am Nachmittag von etwa 150 Personen.

2. Mit wie vielen ausfallenden Schulstunden rechnet der Regierungsrat an diesem Montag? Gelten die Stunden der teilnehmenden Staatsangestellten als bezahlte Arbeitszeit?

Das Podium mit Vertreterinnen und Vertretern der Jungparteien wurde absichtlich auf den frühen Abend verlegt, um möglichst wenige Stundenausfälle zu verursachen. Dadurch halten sich die Stundenausfälle der insgesamt 9 Workshops in engen Grenzen. Für die teilnehmenden Staatsangestellten gehört der Anlass im Rahmen der Jahresarbeitszeit zum Berufsauftrag respektive zur persönlichen Weiterbildung. Wie bei ähnlich gelagerten Veranstaltungen wird im Maximum die tägliche Sollarbeitszeit für ein 100 % Pensum angerechnet.

3. Welchen praktischen Nutzen für den schulischen Umgang mit den Themen Staatskunde und Demokratie soll diese Veranstaltung bringen?

Die Schülerinnen und Schüler erhalten Einsicht in politische Prozesse und Rechte mit dem Ziel, sich für Politik zu begeistern, sich in der Gesellschaft zu engagieren und eigene Ideen zur Gestaltung ihrer Zukunft einzubringen. Die politische Bildung ist als Fundament der Partizipation ein Schlüsselfaktor, um politisches Verständnis zu fördern, den Einstieg in die Politik zu vereinfachen und letztlich die Demokratie nachhaltig zu stärken. Durch das Kennenlernen von verschiedenen Sichtweisen werden die Teilnehmenden angeregt, das Zusammenleben in unserer Gesellschaft zu reflektieren und auf eine konstruktive Art mitzugestalten. Dieser positive Ansatz kann mögliche Radikalisierungstendenzen verhindern und dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis zu verbessern. Darüber hinaus erhalten Lehrpersonen und weitere Akteure eine Weiterbildung zur Frage, wie politische Bildung besser verankert und wirkungsvoll vermittelt werden kann.

4. *Teilt der Regierungsrat die Meinung einiger der teilnehmenden «Experten», dass der Staatskundeunterricht in der Schule weg von einer rein faktenbasierten Wissensvermittlung hin zu einer stärker tagespolitisch geprägten Form wechseln sollte?*

Für die verschiedenen Schulstufen ist in den Lehr- und Unterrichtsplänen festgehalten, was *Politische Bildung* beinhaltet. Je nach Schulstufe ist damit mehr als eine reine Wissensvermittlung gemeint. Der Regierungsrat ist klar der Meinung, dass es wichtig ist, die in den Reglementen festgehaltenen Inhalte an den entsprechenden Schulen wie vorgesehen und verlangt zu vermitteln.

5. *Die Auswahl der Referenten und der Teilnehmer des runden Tisches tendiert politisch etwas stark nach links. Wäre es aus Sicht der Regierung nicht sinnvoll, bei solchen Veranstaltungen auf eine ausgewogenere Vertretung zu achten?*

Zum runden Tisch wurden Expertinnen und Experten für das Thema *Politische Bildung* eingeladen. Als politisch verantwortlicher Regierungsrat beim Erziehungsdepartement nimmt Patrick Strasser (SP) an der Diskussionsrunde teil. Als weiterer Vertreter einer politischen Institution ist Erziehungsrat Peter Wanner (SVP) beim runden Tisch dabei. Somit ist der runde Tisch ausgewogen in Bezug auf die Vertretung aus der Politik. In der ersten Fassung des Flyers waren diese Personen noch nicht aufgeführt. Die weiteren Teilnehmenden sind: Martin Pryde (Projektleiter «Tag der politischen Bildung», Präsident des Vereins der Schweizer Geschichtslehrpersonen), Bettina Looser (vertritt an diesem Anlass die Fachexpertise als Dozentin für Heterogenität und Migration an der Pädagogischen Hochschule Schaffhausen), Carol Schafroth (Geschäftsführerin Campus für Demokratie), Mona Meienberg (Leiterin kindgerechte Gemeinde- und Stadtentwicklung, Unicef). Moderiert wird der runde Tisch von Dr. Matthias Wipf aus Schaffhausen.

6. *Werden für die Podiumsdiskussion mit der Schülerschaft Vertreter aller Jungparteien eingeladen?*

Ja. Zugesagt haben die JSVP, JFDP, JGLP, die Jungen Grünen und die JUSO. Die Diskussion wird professionell moderiert und es wird auf Ausgewogenheit der Redezeit geachtet.

7. *Das Bundesamt für Polizei (Fedpol) unterstützt die Veranstaltung mit rund 30'000 Franken. Begründet wird dies unter anderem auch damit, um Radikalisierungsprozessen entgegenzuwirken. Wird dieses Thema mit der Lehrerschaft intensiv behandelt? Werden aus Sicht des Regierungsrats mit diesem Angebot gefährdete Schüler überhaupt erreicht?*

Ja, das Thema wird intensiv mit der Lehrerschaft behandelt, ausserdem auch mit Sozial- und Jugendarbeitenden sowie weiteren beteiligten Fachpersonen. Wie einleitend festgehalten,

handelt es sich beim «Tag der politischen Bildung» um ein gemeinsam entwickeltes Projekt zur Umsetzung der Massnahme 18 des NAP («*Verstärkung der Massnahmen zur Förderung der aktiven Bürgerschaft, Stärkung der Demokratie und Verhinderung von Diskriminierungen*»). Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass das Angebot einen Beitrag zur Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern leistet. Gleichzeitig ist er sich bewusst, dass es sich bei diesem Anlass um eine einzelne Massnahme handelt und noch weitere Anstrengungen notwendig sind, um Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus so gut wie möglich zu verhindern und zu bekämpfen.

8. *Werden die Ergebnisse des Workshops dokumentiert und öffentlich zugänglich gemacht?*

Das gesamte Projekt wird dokumentiert und der Abschlussbericht vom Bundesamt für Polizei fedpol überprüft.

Schaffhausen, 14. November 2023

DER STAATSSCHREIBER:



Dr. Stefan Bilger